



Leni Breymaier

Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

Corona-Folgen waren Thema

Aalen, 13.07.2020

Bezug:

Anlagen:

Zu einem Austausch über die aktuellen Entwicklungen im Landkreis Heidenheim trafen sich die SPD-Bundestagsabgeordnete Leni Breymaier und Landrat Peter Polta. Landrat Polta zeigte sich erleichtert über die aktuellen Fallzahlen im Landkreis Heidenheim im Zusammenhang mit Corona. „Die 7-Tage-Inzidenz pro 100.000 Einwohner liegt momentan bei 0. Um diesen erfreulichen Zustand nicht zu gefährden, müssen wir trotzdem weiterhin achtsam bleiben“, so der Landrat. „Corona wird uns in unserem Alltag noch weiter begleiten.“

Die Folgen der Krise seien in der Landkreisverwaltung zu spüren und die finanziellen Belastungen für die Städte und Gemeinden sehen Breymaier und Polta als große Herausforderungen an. Die SPD-Abgeordnete hob hervor, dass das Konjunkturpaket der Regierung nachfrageorientiert angelegt sei, aber ganz klar die Unterstützung der Landkreise und Kommunen in den Blick nehme. Wichtig sei aber auch, dass das Land hier mit einem eigenen Programm ergänzend tätig werde. Der Bund habe aus Breymaiers Sicht kraftvolle Maßnahmen zur Sicherung von Kaufkraft und Arbeitsplätzen geliefert.

Um Unterstützung bat Polta auch beim Thema Brenzbahn. Das Thema Mobilität beschäftige den Landkreis an vielen Stellen, der teilweise zweigleisige Ausbau der Bahnstrecke nehme eine hohe Priorität ein. Die Finanzierung müsse durch Bund und Land zügig vorankommen. Von einem funktionierenden Schienenverkehr profitiere die Region wirtschaftlich, aber auch durch weniger Fahrzeuge auf der sehr ausgelasteten B19.

Wahlkreisbüro Berliner Büro

Silcherstraße 20 73430 Aalen	Platz der Republik 1 11011 Berlin
Telefon: +49 7361-5588093	Telefon: +49 30 227-75471
Telefax: +49 7361-5588095	Telefax: +49 30 227-70470
leni.breymaier.wk@bundestag.de	leni.breymaier@bundestag.de



Breymaier nahm die Themen und Wünsche mit und sicherte zu an den entscheidenden Stellen nachzuhaken. Sie sprach Dank und Anerkennung für das gute Management der Verwaltungen in den vergangenen Wochen aus. Eine weitere Gesprächsrunde wurde vereinbart.